S 25 AS 553/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 18. Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Aufhebung wegen Einkommenserzielung

- Arbeitslosengeld II - Zufluss von

Arbeitseinkommen nach

arbeitsgerichtlichem Urteil als bereites Mittel – Rückzahlungsverpflichtung

Leitsätze -

Normenkette SGB II § 40

SGB II § 11 Abs 1

SGB X § 48

1. Instanz

Aktenzeichen S 25 AS 553/20 Datum 08.11.2023

2. Instanz

Aktenzeichen L 18 AS 1178/23 Datum 20.03.2024

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Potsdam vom 8. November 2023 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand

Streitig ist die Aufhebung der Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Sozialgesetzbuch $\hat{a}_{\square}\hat{A}$ BÃ $\frac{1}{4}$ rgergeld, Grundsicherung fÃ $\frac{1}{4}$ r Arbeitsuchende \hat{A} \hat{a}_{\square} (SGB \hat{A} II) f \hat{A} $\frac{1}{4}$ r die Zeit von Januar bis M \hat{A} xrz \hat{A} 2019.

Die 1967 geborene, allein lebende KlĤgerin war seit 1991 bei einer Gewerkschaft (im Folgenden: Arbeitgeberin) beschĤftigt, die das ArbeitsverhĤltnis zum 30. September 2018 kündigte. Die Kündigungsschutzklage hatte beim Arbeitsgericht (ArbG) Berlin Erfolg (Urteil vom 7. Dezember 2018 â∏ 17 Ca 3724/18 â∏), worauf die Arbeitgeberin die zunächst eingestellten Gehaltszahlungen wieder aufnahm. Dem Konto der Klägerin wurden demgemäÃ∏ im Januar 2019 9.457,17 â∏¬ und im Februar/März 2019 jeweils 2.366,11 â∏¬ Entgeltzahlungen gutgeschrieben. Auf die Berufung der Arbeitgeberin hob das Landesarbeitsgericht (LAG) Berlin-Brandenburg das Urteil des ArbG auf und wies die Kündigungsschutzklage ab (Urteil vom 24. Juli 2019 â∏ 15 Sa 2498/18 â∏). Im November 2019 forderte die Arbeitgeberin von der Klägerin die Rückzahlung des auch im Streitzeitraum gezahlten Arbeitsentgelts.

Für die Zeit vom 1. Januar 2019 bis 30. Juni 2019 hatte der Beklagte der Klägerin SGB II-Leistungen iHv mtl 1.060,91 â□¬ (Regelbedarf = 424,- â□¬ mtl zzgl tatsächlicher Kosten der Unterkunft und Heizung = 636,91 â□¬ mtl) bewilligt (Bescheid vom 3. Dezember 2018). Nach Mitteilung der Gehaltszahlungen durch die Arbeitgeberin im März 2019 hob der Beklagte die Bewilligung mWv 1. April 2019 ganz auf (Bescheid vom 24. April 2019) und nahm nach Anhörung der Klägerin mit Bescheid vom 6. Januar 2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25. März 2020 auch die Bewilligung für Januar bis März 2019 in vollem Umfang zurück. Ferner forderte er Erstattung der insoweit gezahlten Leistungen iHv insgesamt 3.182,73 â□¬ und erklärte die Aufrechnung mit den der Klägerin ab 1. Februar 2020 zustehenden Leistungsansprüchen iHv 10% des maÃ□geblichen Regelbedarfs (43,20Â â□¬).

Das Sozialgericht (SG) Potsdam hat die auf Aufhebung des Bescheides vom 6. Januar 2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25. März 2020 gerichtete Klage abgewiesen (Urteil vom 8. November 2023). Zur Begrþndung ist ausgeführt: Die Klage sei nicht begrþndet. Der Beklagte sei berechtigt gewesen, die Leistungsbewilligung fþr den streitbefangenen Zeitraum aufzuheben, Erstattung der Leistungen zu fordern und die Aufrechnung iHv 10% der mtl Regelleistung zu erklären. Die Klägerin habe in der Zeit von Januar bis März 2019 bedarfsdeckendes Einkommen aus dem aufgrund des ArbG-Urteils gezahlten Arbeitsentgelt bezogen. Dieses sei jedenfalls im Zeitpunkt des Zuflusses nicht mit einer wirksamen Rþckzahlungsverpflichtung behaftet gewesen.

Mit der Berufung verfolgt die Klägerin ihr Begehren weiter. Sie trägt vor: Das zunächst â∏versehentlichâ∏ nachgezahlte Entgelt habe ihr aufgrund des rechtskräftigen LAG-Urteils nicht zugestanden. Derart rechtswidrig gezahltes bzw überzahltes Arbeitsentgelt sei bereits im Zeitpunkt der Zahlung zur Rþckzahlung fällig.

Die KlĤgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Potsdam vom 8. November 2023 und den Bescheid des Beklagten vom 6. Januar 2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25. März 2020 aufzuheben.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie hÃxlt das angefochtene Urteil für zutreffend.

Die Verwaltungsakten, die Akten des ArbG Berlin und die Gerichtsakte haben vorgelegen und sind Gegenstand der Entscheidungsfindung gewesen.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung des Senats ohne m $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndliche Verhandlung einverstanden erkl \tilde{A} xrt (\hat{A} \$\hat{A}\$\hat{A}\$\hat{A}\$\hat{B}\$\hat{A}\$\hat{153} Abs. \hat{A}\$\hat{1}, \frac{124 Abs. \hat{A}}{2}\$ Sozialgerichtsgesetz).

Â

Entscheidungsgründe

Die Berufung der Klägerin ist nicht begründet. Der Beklagte hat die Bewilligung von SGB II-Leistungen an die Klägerin für Januar bis März 2019 beanstandungsfrei aufgehoben. Die Klägerin ist zur Erstattung der insoweit gezahlten Leistungen iHv insgesamt 3.182,71 â□¬ verpflichtet. Der Beklagte war auch berechtigt, mWv 1. Februar 2020 die Aufrechnung iHv 10% der mtl Regelleistung durchzuführen.

Rechtsgrundlage der Aufhebungsentscheidung ist §Â 48 Abs. 1 Satz 2 Nr 3 Sozialgesetzbuch â∏ Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz â∏ (SGB X) iVm §Â 40 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr 3 SGB II, §Â 330 Abs. 3 Satz 1 Sozialgesetzbuch â∏ Arbeitsförderung â∏ (SGB III). Danach ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung ohne Ausübung von Ermessen mWv Zeitpunkt der Ã∏nderung der Verhältnisse aufzuheben, soweit nach Erlass des Verwaltungsaktes â∏ wie hier â∏ Einkommen erzielt worden ist, das zum Wegfall des Anspruchs geführt haben würde. Diese tatbestandlichen Voraussetzungen sind vorliegend erfüllt. Für die Frage, ob bzw inwieweit eine Ã∏nderung der tatsächlichen Verhältnisse dazu führt, dass der Ausgangsbescheid vom 3. Dezember 2018 zuungunsten der Klägerin zu ändern ist, sind grundsätzlich alle Anspruchsvoraussetzungen dem Grunde und der Höhe nach zu prüfen. Dabei ist auf die Rechtslage im damaligen Bewilligungszeitraum abzustellen.

Die Klägerin hatte als erwerbsfähige Hilfebedürftige (vgl Â§Â 7 Abs 1 Satz 1 SGB Ilin der Zeit von Januar bis März 2019 dem Grunde nach Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Ihr Gesamtbedarf belief sich

â∏ was zwischen den Beteiligten auch nicht streitig ist â∏ auf mtl 1.060,91 â∏¬ (Regelbedarf = 424,- â∏¬ mtl zzgl tatsächlicher KdUH = 636,91 â∏¬ mtl). Dieser mtl Gesamtbedarf war durch die Zuflüsse von Arbeitsentgelt im Januar 2019 iHv 9.457,17 â∏¬ und im Februar/März 2019 iHv jeweils 2.366,11 â∏¬ unter Berücksichtigung der anzusetzenden Absetzbeträge iHv mtl 300,- â∏¬ (vgl §Â 11b SGB II) in vollem Umfang gedeckt; auf die zutreffende Berechnung des Beklagten in dem angefochtenen Bescheid wird Bezug genommen. Ein Leistungsanspruch der Klägerin bestand insoweit nicht.

Bei den Entgeltzahlungen im Streitzeitraum handelt es sich um berücksichtigungsfähiges Einkommen. Nach <u>§Â 11 Abs. 1 Satz 1 SGBÂ II</u> in der ab 1. August 2016 geltenden und hier anwendbaren Fassung des Neunten Gesetzes zur ̸nderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch â∏ Rechtsvereinfachung â∏ sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26. Juli 2016 (BGBI I 1824) sind als Einkommen zu berücksichtigen Einnahmen in Geld abzüglich der nach §Â 11b SGBÂ II abzusetzenden BetrĤge mit Ausnahme der in §Â 11a SGBÂ II genannten â∏ vorliegend nicht einschlägigen â∏ Einnahmen. Dabei ist Einkommen iSd ÂŞÂ 11 SGB II nach der Rechtsprechung der für die Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Senate des Bundessozialgerichts (BSG), die der Senat seiner Entscheidung zugrunde legt, grundsÄxtzlich alles das, was jemand nach Antragstellung wertmäÃ∏ig dazu erhält, und Vermögen das, was er vor Antragstellung bereits hatte (vgl nur BSG SozR 4-4200 §Â 11 Nr 17 â∏∏ Rn 23; <u>BSGE 101, 291</u> = <u>SozR 4-4200 §Â 11 Nr 15</u> â∏∏ Rn 18). Damit handelt es sich bei den der KlĤgerin von Januar bis MĤrz 2019 nach der SGB II-Antragstellung überwiesenen Entgeltzahlungen um Einkommen.

Dem steht nicht entgegen, dass nach der Rechtsprechung des BSG nur solche Einnahmen in Geld als Einkommen iSd §Â 11 SGB II anzusehen sind, die einen Zuwachs von Mitteln bedeuten, der dem Hilfebedürftigen zur endgültigen Verwendung verbleibt (vgl zB BSG, Urteil vom 17. Juni 2010 \hat{a} ∏ \hat{B} \hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} Θ \hat{A} R = SozR 4-4200 §Â 11 Nr 30 \hat{a} ∏ Rn 16). Entscheidend für die Privilegierung von bestimmten Zuflüssen ist danach, dass in dem Zeitpunkt, in dem die Einnahme als Einkommen berücksichtigt werden soll, der Zufluss bereits mit einer (wirksamen) Rýckzahlungsverpflichtung belastet ist. Jedenfalls sofern eine Verpflichtung zur Rýckzahlung der laufenden Einnahme erst nach dem Monat eintritt, für den sie berücksichtigt werden soll, besteht die Verpflichtung des Hilfebedürftigen, die Leistung als â∏bereite Mittelâ∏ in dem Monat des Zuflusses auch zu verbrauchen. Insbesondere kA¶nnen solche Rückstellungen nicht geschützt sein, die Leistungsempfänger in Bezug auf möglicherweise eintretende, im Zeitpunkt des Zuflusses aber noch ungewisse, künftige Zahlungsverpflichtungen vornehmen (vgl BSG, Urteil vom 23. August 2011 â∏ <u>B 14 AS 165/10 R</u> = SozR 4-4200 §Â 11 Nr 43 â∏ Rn 23). Für die Bestimmung der Hilfebedürftigkeit ist danach allein auf den Zeitpunkt des Eintritts der Rückzahlungsverpflichtung abzustellen. Dieser lag hier nach dem Streitzeitraum.

Die KlĤgerin hatte aufgrund des der Kündigungsschutzklage stattgebenden

Urteils des ArbG vom 7. Dezember 2018 einen grundsÃxtzlichen Anspruch (der auch wAxhrend des KA1/4ndigungsschutzprozesses besteht) auf weitere BeschĤftigung und Zahlung von Arbeitsentgelt, weil das ArbeitsverhĤltnis nach dem Urteilsausspruch durch die Kýndigung nicht beendet war. Dem kam die Arbeitgeberin auch nach. Wenn im Kündigungsschutzprozess ein die Instanz abschlie̸endes Urteil ergeht, das die Unwirksamkeit der Kündigung und damit den Fortbestand des ArbeitsverhÄxltnisses feststellt, wird durch ein solches noch nicht rechtskrĤftiges Urteil zwar keine endgļltige Klarheit ļber den Fortbestand des ArbeitsverhÄxltnisses geschaffen. Aber die Parteien hatten Gelegenheit, dem Gericht in einem ordentlichen Prozessverfahren die zur rechtlichen Beurteilung der Kündigung aus ihrer Sicht erforderlichen Tatsachen vorzutragen, dafür Beweis anzutreten und ihre Rechtsauffassungen darzustellen. Wenn ein Gericht daraufhin eine die Instanz abschlieà nende Entscheidung trifft und die Unwirksamkeit der KA¼ndigung feststellt, so ist damit zumindest eine erste KlĤrung der Rechtslage im Sinne der klagenden Arbeitnehmerin eingetreten. Ein noch mit einem Rechtsmittel anfechtbares Urteil IAxsst das Gesetz in vielen anderen Fällen bereits als Grundlage einer â∏ vorläufigen â∏∏ Zwangsvollstreckung ausreichen, weil es das Interesse der zunĤchst einmal obsiegenden Partei, ihren Klageanspruch zu verwirklichen, â∏ von Ausnahmen abgesehen â∏∏ höher bewertet als das Interesse der Gegenpartei, bis zu einer endgültigen Klärung der Rechtslage von VollstreckungsmaÃ∏nahmen verschont zu bleiben. Deshalb muss auch ein von der Arbeitnehmerin im Kündigungsprozess erstrittenes Feststellungsurteil trotz der Ungewissheit, ob es im Rechtsmittelverfahren bestÄxtigt wird, bei der notwendigen AbwÄxgung der widerstreitenden Interessen der Arbeitsvertragsparteien hinsichtlich des BeschÄxftigungsanspruchs erheblich ins Gewicht fallen. Es wirkt sich, solange es besteht, dahin aus, dass nunmehr die Ungewissheit des endgA1/4ltigen Prozessausgangs fýr sich allein ein ýberwiegendes Gegeninteresse des Arbeitgebers an der NichtbeschĤftigung nicht mehr begrļnden kann (vgl zum Ganzen Bundesarbeitsgericht , Gro̸er Senat, Beschluss vom 27. Februar 1985 $\hat{a} \Pi \Pi GS \hat{A} 1/84 = BAGE 48,122-129 \hat{a} \Pi \Pi Rn \hat{A} 94).$

Unter Zugrundelegung dieser GrundsÄxtze erfolgte die Entgeltzahlung daher zunÄxchst mit Rechtsgrund, ohne dass dem die sich (erst) nach der rechtskrÄxftigen Entscheidung des LAG vom 24. Juli 2019 ergebende Rückzahlungsverpflichtung aus ungerechtfertigter Bereicherung der Klägerin nach <u>§Â 812 Abs. 1 Satz 1 Alt 1</u> Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) entgegenstand. GrundsÃxtzlich wird der Anspruch auf Rückzahlung überzahlter Entgeltbeträge zwar bereits im Zeitpunkt der Ã∏berzahlung fällig, wenn die Vergütung fehlerhaft berechnet worden ist, obwohl die maÃ∏gebenden UmstĤnde bekannt waren oder hĤtten bekannt sein müssen. Die überzahlte Summe kann sofort zurĽckverlangt werden. Dabei kommt es auf die Kenntnis des Arbeitgebers von seinem Rückzahlungsanspruch regelmäÃ∏ig nicht an (vgl BAG, Urteil vom 26. April 1978 â∏∏ <u>5 AZR 62/77</u> â∏∏ juris). Grund hierfür ist, dass Fehler bei der Berechnung der Löhne im Normalfall in die Sphäre des Arbeitgebers fallen und von ihm viel eher durch Kontrollma̸nahmen entdeckt werden kA¶nnen als vom EmpfA¤nger der Leistung. Hieraus resultiert indes, wie bereits <u>§Â 271 Abs. 1 BGB</u> zeigt, keine allgemeine Regel. Denn rechtlich und

praktisch muss es der Gläubigerin des Rýckzahlungsanspruchs â \square hier der Arbeitgeberin â \square auch möglich sein, ihren Anspruch geltend zu machen, maW die Tatsachen des Ã \square berzahlungstatbestands mussten ihr bekannt sein (vgl dazu BAG, Urteil vom 16. November 1989 â \square 6 AZR 114/88 = BAGE 63, 246-255 â \square Rn 20), was frýhestens nach Eintritt der Rechtskraft des LAG-Urteils, mithin nach Ablauf dies hier in Rede stehenden Bewilligungs- und Aufhebungszeitraums, der Fall war. Vorher bestand keine fällige Rýckzahlungsverpflichtung, diese war allenfalls ungewiss. Da die Rýckzahlungsverpflichtung somit erst nach den hier streitigen Zuflussmonaten eingetreten ist, bleibt sie fýr die Bestimmung der Hilfebedürftigkeit im Zuflussmonat unberücksichtigt (vgl BSG aaO Rn 25 mwN aus der Rspr des BSG), wie im Ã \square brigen auch grundsätzlich gilt, dass zum Zeitpunkt des Zuflusses bestehende Verbindlichkeiten unbeachtlich sind (vgl zB BSG, Urteil vom 13. Mai 2009 â \square B 4 AS 29/08 R = SozR 4-4200 §Â 11 Nr 22 â \square \square Rn 13 mwN).

Die angefochtene Aufhebungsentscheidung ist auch formal rechtm \tilde{A} $^{\text{m}}$ \tilde{A} $^{\text{m}}$ ergangen. Die Kl \tilde{A} $^{\text{m}}$ gerin wurde ordnungsgem \tilde{A} $^{\text{m}}$ \tilde{A} $^{\text{m}}$ angeh \tilde{A} $^{\text{m}}$ rt (vgl Schreiben des Beklagten vom 15. \hat{A} Oktober \hat{A} 2019) und hat den Sachverhalt als zutreffend einger \tilde{A} $^{\text{m}}$ umt. Die angefochtenen R \tilde{A} $^{\text{m}}$ cknahmeverf \tilde{A} $^{\text{m}}$ gungen gen \tilde{A} $^{\text{m}}$ gen den Anforderungen an die Bestimmtheit von Verwaltungsakten (\hat{A} $^{\text{m}}$ \hat{A} $^$

Auch die von dem Beklagten â∏ schriftlich (vgl <u>§Â 43 Abs. 4 Satz 1 SGBÂ II</u>) â∏∏ verlautbarte Aufrechungsentscheidung mWv 1. Februar 2020 iHv 10% der mtl Regelleistung (dh mtl 43,20 â∏¬) ist rechtmäÃ∏ig. Der Beklagte kann gegen Ansprüche von leistungsberechtigten Personen auf Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts mit Erstattungsansprüchen nach <u>§Â 50 SGBÂ X</u> aufrechnen (ª 43 Abs. 1 Nr 1 SGB II). Die Höhe der Aufrechnung beträgt bei Erstattungsansprüchen, die â∏∏ wie hier â∏∏ auf <u>§Â 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3</u> iVm <u>§Â 50 SGB X</u> beruhen, 10% des für die leistungsberechtigte Person ma̸gebenden Regelbedarfs (<u>§Â 43 Abs. 2 Satz 1 SGBÂ II</u>). AusschlusstatbestĤnde nach <u>§Â 43 Abs. 2 Satz 2</u> bzw Abs. 3 SGBÂ II liegen nicht vor. Der Beklagte hat in Bezug auf die Aufrechnungsentscheidung sein Ermessen (vgl zum sog Ermessens-Kann insoweit BSG, Urteil vom 9. März 2016 beanstandungsfrei ausgeübt; Ermessensfehler (vgl <u>§Â 54 Abs. 2 Satz 2 SGG</u>) sind nicht ersichtlich. Dass der Beklagte sein Ermessen erkannt hat, ergibt sich aus den angefochtenen Bescheiden. Aus der entsprechenden Bescheidbegründung ergibt sich zudem, dass der Beklagte die Interessen der KlĤgerin berļcksichtigt und mit dem Interesse der Gemeinschaft der Steuerzahler, bestehende Forderungen mit den zur VerfÄ¹/₄gung stehenden Mitteln beizutreiben, abgewogen hat. Die AbwĤgung konnte auf die Aktenlage Bezug nehmen, nachdem die KlĤgerin im AnhĶrungsverfahren weitere erhebliche Tatsachen nicht vorgetragen hatte und sich dem Beklagten offensichtliche UmstĤnde, die bei der Ermessensausübung zu berücksichtigen waren, nicht aufdrängten. Dass der Beklagte keinen Endzeitpunkt für die Aufrechnung bestimmt hat, ist vor dem

Hintergrund der gesetzlichen Regelung in <u>§Â 43 Abs. 4 Satz 2 SGB II</u> unschädlich (vgl BSG aaO Rn 31). Diese entspricht schon angesichts der geringen Höhe auch verfassungsrechtlichen Vorgaben (vgl zur Zulässigkeit einer Aufrechnung iHv 30% der mtl Regelleistung BSG aaO Rn 38ff).

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â 193 SGG</u>.

Gründe für eine Zulassung der Revision gemäÃ∏ <u>§Â 160 Abs. 2 SGG</u> liegen nicht vor.Â

Erstellt am: 23.04.2024

Zuletzt verändert am: 22.12.2024